



## EDITORIAL



Liebe Leser, liebe Freundinnen und Freunde von EZA,

mit dieser neuen Ausgabe von EZA-Aktuell verabschiedet sich auch EZA in die wohlverdiente Sommerpause. Zwei

Aspekte möchte ich aus der vorliegenden Ausgabe hervorheben: Zum einen eine Premiere, auf die EZA ruhig etwas stolz sein kann: zum ersten Mal seit Bestehen von EZA war es einem EZA-Präsidenten möglich, vor der ILO zu sprechen! Bartho Pronk plädierte im Plenum der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz für einen starken Sozialen Dialog weltweit. Diese Botschaft unterstreicht auch David Pascal Dion im Interview. Der Soziale Dialog sei ein ausgezeichnetes Beispiel für die so genannte „Spieltheorie“: das Zusammenspiel der Sozialpartner ist zum Wohl aller und ermöglicht, wenn man nicht nur an kurzfristigen Profit denkt, den größtmöglichen Nutzen für alle Beteiligten. Mit seinem Bildungspro-

gramm trägt EZA dazu bei, dass Arbeitnehmerorganisationen in 29 europäischen Ländern gut gerüstet das Spielfeld betreten...

Das gesamte EZA-Team wünscht Ihnen / Euch allen gute Lektüre sowie eine gute und erholsame Urlaubszeit!

Sigrid Schraml  
Generalsekretärin

## Im Gespräch mit David Pascal Dion, Referatsleiter „Sozialer Dialog“ der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission

**Frage:** Herr Dion, Sie sind Referatsleiter „Sozialer Dialog“ der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission. Die Juncker-Kommission hat sich die Förderung des Sozialen Dialogs in der EU besonders auf die Fahnen geschrieben. Mit Valdis Dombrovskis und Marianne Thyssen beschäftigen sich gleich zwei Kommissare mit der Thematik und es wurden verschiedene Initiativen zur Förderung des sozialen Dialogs eingeleitet, so der „Neubeginn des sozialen Dialogs“. Welche konkreten Auswirkungen dieser Initiativen können Sie bislang feststellen? Welche Auswirkungen erwarten Sie noch?

Mehr als zwei Jahre sind vergangen, seit Kommissionspräsident Juncker einen Neubeginn des sozialen Dialogs nach der Krise initiiert hat, wie er es in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im Juli 2014 versprochen hatte. Mit den Sozialpartnern und den Mitgliedstaaten setzt sich die Kommission weiter in den Kern-

bereichen ein, die zu Beginn seiner Amtszeit ermittelt wurden. Dazu zählen:

- Stärkere Einbindung der Sozialpartner in das europäische Semester
- Stärkeres Augenmerk auf die Stärkung der Kapazitäten der nationalen Sozialpartner
- Stärkere Beteiligung der Sozialpartner an der Ausarbeitung der europäischen Politik und Gesetzgebung
- Klärung der Beziehung zwischen den Abkommen der Sozialpartner und dem Programm zur Verbesserung der bestehenden Rechtsvorschriften.

Auf Grundlage einer Notiz und einer Broschüre, die die Kommission erstellt hat, hat sich der dreigliedrige Sozialgipfel im März 2016 damit befasst, inwiefern bei der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des „Neube-

ginn für den sozialen Dialog“ seit März 2015 Fortschritte erzielt wurden.

Der Rat der Beschäftigungs- und Sozialminister (EPSCO) legte am 16. Juni 2016 unter niederländischem Vorsitz Schlussfolgerungen des Rats zum „Neubeginn für einen starken sozialen Dialog“ fest. Am 27. Juni 2016 wurde erstmals eine gemeinsame Erklärung zum „Neubeginn für den sozialen Dialog“ von den europäischen Sozialpartnern, der Kommission und dem niederländischen EU-Ratsvorsitz im Namen des Rats unterzeichnet. Die Erklärung nennt die Maßnahmen, die die Unterzeichner in ihrem Zuständigkeitsbereich im Hinblick auf diese vier Prioritäten durchzuführen beabsichtigen.

Ich möchte außerdem auf einige Aktivitäten in letzter Zeit hinweisen:

- Im Oktober 2016 hat der Beschäftigungsausschuss des Rats erstmals eine thematische Überprüfung zur

Beteiligung der nationalen Sozialpartner am Europäischen Semester durchgeführt. Diese thematische Überprüfung soll im Herbst 2017 durch eine weitere, noch gezieltere Prüfung fortgesetzt werden.

- Die Sozialpartner waren eng in die Konsultation zur europäischen Säule sozialer Rechte eingebunden und wurden eingeladen, bei ihrer Umsetzung eine wichtige Rolle zu spielen.
- Mit der europäischen Säule sozialer Rechte hat die Kommission am 26. April nach Abschluss zweier Konsultationsphasen der Sozialpartner einen Richtlinienentwurf zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit vorgelegt. Gleichzeitig hat die Kommission die erste Konsultationsrunde der Sozialpartner eingeleitet, die eine mögliche Prüfung der schriftlichen Erklärung und der Möglichkeit einer Maßnahme zur Bekämpfung der Probleme beim Zugang zum Sozialschutz für alle Arbeitnehmer ungeachtet ihrer Beschäftigungsform behandelt.

*Frage: Sie haben an dem kürzlich veröffentlichten Dokument „Capacity building for social dialogue“ mitgewirkt. Warum liegt der Kommission der Kapazitätsaufbau der Sozialpartner so am Herzen? Welchen Beitrag will Ihre Abteilung dazu leisten, die Sozialpartner zukünftig zu stärken?*

Die Stärkung der Kapazitäten ist einer der Hauptansätze des „Neubeginns für den sozialen Dialog“. Ohne Stärkung der Kapazitäten des sozialen Dialogs bleiben die Bemühungen, die Sozialpartner in die Reformen und Politiken auf nationaler und europäischer Ebene besser einzubinden, wirkungslos. Darüber hinaus hat der europäische soziale Dialog ohne einen wirkungsvollen sozialen Dialog auf nationaler Ebene kein Fundament.

Die Kommission und mein Referat im Besonderen tragen zur Stärkung der Kapazitäten durch Projekte bei, die vom Ausbildungszentrum der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Turin durchgeführt werden, und indem wir die von den Sozialpartnern getragenen Projekte finanziell unterstützen. Die Mitgliedstaaten selbst können auch einen Teil der verfügbaren Mittel aus den Strukturfonds und insbesondere des Europäischen Sozialfonds zur Stärkung der Kapazitäten

### David Pascal DION

David Pascal Dion leitet seit dem 1. Januar 2015 das Referat für sozialen Dialog und Arbeitsbeziehungen der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) der Europäischen Kommission.

Davor war er über drei Jahre lang als Referatsleiter für die allgemeine Koordinierung, strategische Planung und interinstitutionellen Beziehungen in der gleichen Generaldirektion verantwortlich.

Von Mitte 2008 bis 2011 war er nacheinander politischer Assistent von drei Generaldirektoren der GD EMPL.

Dion kam Mitte 2007 zur GD EMPL, um am Dossier der Lissabon-Strategie und Flexicurity zu arbeiten (insbesondere über die Flexicurity-Mission unter Leitung von Kommissar Vladimir Spidla und des französischen Senatspräsidenten Gérard Larcher).

David Pascal Dion begann seine Laufbahn in der Kommission 2004 in der Generaldirektion für Bildung und Kultur, wo er Mitteilungen und Arbeitsdokumente für die Kommissionsbediensteten zur Bildungsökonomie erstellte.

Vor seinem Eintritt bei der Kommission absolvierte er mehrere Praktika in Forschungseinrichtungen und internationalen Organisationen (einschließlich OECD, EZB, WTO, UN, IWF etc.).

Er hat einen Master-Abschluss und Doktor in Wirtschaftswissenschaften der Universitäten Paris Dauphine (Frankreich) und Mannheim (Deutschland) und einen Master in Rechts- und Politikwissenschaften der Universität Paris Descartes. Außerdem hat er mehrere akademische Veröffentlichungen verfasst, darunter ein Buch über die wirtschaftliche Integration Europas.

Herr Dion ist Franzose.



der Sozialpartnerorganisationen verwenden.

Bevor wir jedoch über finanzielle Fragen sprechen, möchte ich vor allem die Verantwortung der Sozialpartnerorganisationen betonen. Wie in dem Kapitel „Capacity Building for Social Dialogue“

der Veröffentlichung der Kommission „Employment and Social Development in Europe“ (ESDE 2016) erwähnt wird, obliegt es vor allem den Sozialpartnern, die Chancen zur Stärkung ihrer Kapazitäten zu ergreifen, zum Beispiel durch die Werbung von mehr Mitgliedern unter jungen Menschen und Frauen, durch die

Professionalisierung ihrer Arbeit und durch Stärkung der analytischen Kompetenzen ihrer Mitarbeiter. Die Rolle der europäischen und nationalen öffentlichen Behörden besteht vor allem darin, ein förderliches Umfeld für diese Eigeninitiativen der Sozialpartner und die Arbeit des Sozialdialogs im Allgemeinen zu schaffen.

**Frage:** *Unsere Partner in Osteuropa und im Westlichen Balkan beklagen, dass der soziale Dialog in ihren Ländern behindert wird. Sie erleben, dass Schutzbestimmungen für den sozialen Dialog abgebaut werden, und sie fühlen sich oftmals nicht als gleichwertiger Sozialpartner wahrgenommen. Regierungen scheinen dort den Wert des sozialen Dialogs weniger zu erkennen. Wie steht die Kommission dazu? Wie könnte sie dazu beitragen, die Situation zu verbessern?*

Es stimmt, dass der soziale Dialog in Osteuropa und in den westlichen Balkanstaaten oft weniger entwickelt ist als in manchen Ländern der Europäischen Union. Die Arbeitsmärkte in Osteuropa und im Westlichen Balkan sind noch immer durch bestimmte Schwächen geprägt, insbesondere eine geringe Beschäftigungsquote von Frauen und hohe Arbeitslosenquote junger Menschen. In einem solchen Kontext ist der nationale soziale Dialog häufig polarisiert und auf Arbeitsmarktreflexionen einerseits und das Arbeitsrecht andererseits ausgerichtet.

Um auf diese Herausforderungen zu reagieren, hat die Europäische Kommission im März 2016 gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Regional Cooperation Council (RCC) die Plattform des Westlichen Balkans für Beschäftigung und soziale Fragen gegründet. Es handelt sich hierbei um ein Projekt, das von der Europäischen Kommission finanziert wird und das die regionale Zusammenarbeit und die institutionellen Kapazitäten der Regierungen, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie der tripartistischen Institutionen stärken soll. Das Ziel ist, die gemeinsame Verabschiedung von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen zu fördern, um den Vorbeitrittsprozess zur EU voranzubringen. Die Plattform fördert den Austausch guter Praxis, um so die Funktionsweise der Institutionen zu verbessern, insbesondere der nationalen tripartistischen Wirtschafts- und Sozialräte. Es werden strukturierte Dialoge zur

Beschäftigung und sozialen Fragen zwischen den Regierungen der westlichen Balkanstaaten und den Sozialpartnern geführt.

Was konkret die Unterstützung der Arbeitnehmerorganisationen in den Kandidaten- und Vorkandidatenländern betrifft, bietet die Kommission Beihilfen über jährliche Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen. Diese zielen auf die Unterrichtung und Schulung von Organisationen ab, die Arbeitnehmer vertreten. Diese Länder können auch an den Projekten zum europäischen sozialen Dialog und der Arbeit der sektoralen Ausschüsse teilnehmen.

**Frage:** *Sieben unserer Mitgliedsorganisationen haben die europäische Säule sozialer Rechte als zentrales Thema für das Bildungsjahr 2017-2018 gewählt. Diese Projekte werden durch eine wissenschaftliche Stellungnahme von HIVA, dem Forschungsinstitut für Arbeit und Gesellschaft, ergänzt. Außerdem haben mehrere unserer Mitgliedsorganisationen im letzten Jahr an der öffentlichen Konsultation teilgenommen. Wenn die Europäischen Institutionen jedoch bis Jahresende beschließen sollten, dass die Zukunft der EU in Szenario Nr. 2 (nichts außer dem Binnenmarkt) oder Nr. 4 (mehr mit weniger erreichen) liegen sollte, wären unsere Mitgliedsorganisationen einmal mehr vom europäischen Einigungsprojekt enttäuscht. Wie beabsichtigt die Europäische Kommission, dieser Enttäuschung zu begegnen?*

Eine politische Kernfrage auf europäischer Ebene ist die europäische Säule sozialer Rechte, die nach einer zehn Monate langen, umfassenden öffentlichen Konsultation am 26. April 2017 veröffentlicht wurde. Neben der Säule ist auch ein Diskussionspapier zur sozialen Dimension Europas Teil der allgemeinen Debatte über das Weißbuch zur Zukunft Europas, das am 1. März von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde.

Die europäische Säule sozialer Rechte ist eine der großen Initiativen dieser Kommission. Sie dient als politischer Kompass, indem sie 20 Grundsätze und wesentliche Rechte darlegt, die zu einer guten Funktionsweise und zur Gerechtigkeit der Arbeitsmärkte und der Systeme der sozialen Sicherung beitragen sollen.

Die Kommission zählt auf Ihre Unterstützung, um gemeinsam an der Verwirk-

lichung der europäischen Säule sozialer Rechte bei gleichzeitiger Wahrung der nationalen Befugnisse und des Grundsatzes der Subsidiarität und Nutzung der Erfahrungen und guten Praxis aller zu arbeiten.

Daher schätzen wir Ihre Beiträge und ermutigen Sie, Ihre Arbeit fortzusetzen, um dem sozialen Europa zum nachhaltigen Erfolg zu verhelfen.

Der „Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum“, der am 17. November 2017 in Göteborg stattfindet, stellt einen entscheidenden Meilenstein auf diesem Weg dar und gliedert sich in die allgemeine Debatte über die soziale Dimension Europas ein.

Die drei Optionen, die im Diskussionspapier zur sozialen Dimension Europas genannt werden, greifen dem Ergebnis der Debatte über die Zukunft Europas keinesfalls vor. Diese Optionen müssen als Inspirationsquelle für die Debatte betrachtet werden und sollen in keiner Weise den Überlegungsprozess einschränken. Bei ihren Reaktionen können die Bürgerinnen und Bürger und Interessensvertreter diese Optionen auch verbinden oder neue Optionen vorschlagen.

**Frage:** *Es zeichnet sich ab, dass die Digitalisierung in der Arbeitswelt in kürzester Zeit tiefgreifende Veränderungen sowohl für die betroffenen Arbeitnehmer als auch für die gesamte Gesellschaft in Europa mit sich bringt. Was sehen Sie in diesem Zusammenhang als die dringlichsten Herausforderungen und wie gehen Sie in Ihrem Verantwortungsbereich damit um?*

Die Digitalisierung ist kein neues Phänomen. Seit mehreren Jahren verwandelt die Digitalisierung die europäischen Gesellschaften und Wirtschaften, aber sie vollzieht sich immer schneller und betrifft derzeit die meisten Wirtschaftszweige.

Die Digitalisierung hat das Potenzial, den Bedarf an bestimmten Berufsbildern zu steigern und umgekehrt zum Wegfall anderer zu führen. Verschiedene Aufgaben werden derzeit automatisiert und werden sich maßgeblich auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen auswirken: Denken Sie zum Beispiel nur an fahrerlose Fahrzeuge.

Die Digitalisierung schafft auch neue Beschäftigungsformen. Das deutlichste Beispiel sind die Online-Plattformen, die die aktuellen Bedingungen im Bereich der sozialen Rechte, der Beschäftigung und des sozialen Schutzes infrage stellen. Die selbständige und freiberufliche Arbeit nimmt ebenfalls zu, was die Sozialversicherungssysteme gefährdet. In Zukunft werden die Arbeitnehmer mehr berufliche Veränderungen und Neuausrichtungen erleben als heute.

Außerdem verlangen die Arbeitsmärkte heute immer mehr hochqualifizierte Arbeitnehmer, während die Nachfrage nach Geringqualifizierten stagniert oder zurückgeht. Es besteht des Weiteren die Gefahr, dass die älteren Generationen ausgeschlossen werden, da sie nicht notwendigerweise die heute auf dem Arbeitsmarkt geforderten Kompetenzen haben, vor allem was die digitalen Fähigkeiten betrifft. Es bestehen auch Bedenken hinsichtlich der Qualität der künftigen Arbeitsplätze, insbesondere was den arbeitsbedingten Stress und die Schwierigkeit abzuschalten betrifft.

Die politischen Verantwortlichen und die Sozialpartner müssen reagieren, um sich diesem Wandel zu stellen. Die von der Kommission im Bereich des digitalen Binnenmarkts ergriffenen Initiativen gehen in diese Richtung.

Die Systeme der schulischen und beruflichen Bildung müssen neu ausgerichtet werden, um auf den Bedarf an neuen Qualifikationen und Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren. Partnerschaften zwischen den verschiedenen Interessensvertretern (zum Beispiel der Industrie und den Ausbildungseinrichtungen) sind notwendig.

Die Sozialpartner spielen eine Schlüsselrolle, um zu überprüfen, ob die Bildungs- und Berufsausbildungsprogramme den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen und es ein ausreichendes und angemessenes Angebot an Ausbildungsprogrammen gibt.

Kapitel 4 von „Employment and Social Developments in Europe 2016“ befasst sich mit den Folgen der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Geschwindigkeit, die Tragweite und die Auswirkungen der technischen Innova-

tionen einen tiefgreifenden Wandel der heutigen sozialen und wirtschaftlichen Systeme auslösen könnten. Ich würde ergänzen, dass dies auch für den sozialen Dialog und die Art und Weise gilt, wie bisher Tarifverhandlungen geführt werden. Die Ausarbeitung und Umsetzung wirksamer Strategien, um den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsmärkte und auf die Sozialschutzsysteme zu begegnen, werden die Zukunft der EU bestimmen.

*Frage: Welche Ziele haben Sie sich persönlich gesetzt? Was wollen Sie in Ihrer Funktion erreichen?*

Die Förderung des sozialen Dialogs bedeutet für mich, die Entstehung eines günstigen institutionellen Rahmens zu gewährleisten oder dazu beizutragen: zur Entstehung oder Stärkung handlungsfähiger, unabhängiger Sozialpartnerorganisationen, um gemeinsame Ergebnisse und insbesondere Sozialpartnerabkommen und eine enge Einbindung dieser Organisationen durch die öffentlichen Behörden bei politischen Entscheidungen zu Themen, die in den unmittelbaren Verantwortungsbereich dieser Organisationen fallen, zu erreichen.

Was ich an meiner Arbeit besonders schätze, ist einerseits die Tatsache, dass wir uns ständig in Verhandlungen befinden, um Lösungen für drängende Probleme und Fragen zu finden. Andererseits stehen wir im Kontakt mit Menschen, die direkt mit den Realitäten der Arbeitswelt und unserer Gesellschaften konfrontiert sind und sich in dieser Funktion mit den konkreten Themen auseinandersetzen, die für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger wichtig sind: Arbeitsbedingungen, Ausbildungen, Schaffung und Wegfall von Arbeitsplätzen etc. Das ist ungeheuer erfrischend und erfüllend.

Aus theoretischer Sicht ist der Sozialdialog aus meiner Sicht ein hervorragendes Beispiel der „Spieltheorie“. Er beweist, dass kooperatives Verhalten bessere Ergebnisse ermöglicht als nichtkooperatives Verhalten oder Alleingänge. Es gibt leider nur wenige Untersuchungen zu dieser Frage und ich möchte an dieser Stelle an die Wissenschaft appellieren, sich damit zu beschäftigen, um die Bedingungen zu definieren, die für einen guten und hochwertigen sozialen Dialog notwendig sind.

Ich habe die Angewohnheit, bei meinen Vorträgen zum aktuellen Sachstand und zur künftigen Entwicklung des sozialen Dialogs Kinopлакate zu verwenden, die auf sehr visuelle und pädagogische Weise die Relevanz und mögliche Wirkung dieses Dialogs verdeutlichen.

Um die Stärke der Sozialpartnerabkommen zum Ausdruck zu bringen, verwende ich den Film „Die Glücksritter“, in dem sie beiden Hauptfiguren die Rollen tauschen und ihre Kräfte bündeln, um sich gegen ein ungerechtes und ineffizientes System durchzusetzen. Um die Spannungen zwischen den Sozialpartnern und den öffentlichen Behörden zu zeigen, nutze ich „Zwei glorreiche Halunken“ und um umgekehrt echte Harmonie darzustellen, greife ich auf „Manche mögen's heiß“ zurück.

Ich hoffe, dass wir mit diesem „Neubeginn für den sozialen Dialog“, den ich das Glück hatte, 30 Jahre nach dem ursprünglichen Beginn leiten zu dürfen, in 30 Jahren sagen können, dass ein weiterer Neubeginn nicht nötig sein wird, weil der soziale Dialog besser verankert sein wird denn je. ■

## EZA-Präsident Bartho Pronk hält Rede bei ILO



EZA-Präsident Bartho Pronk spricht vor den Delegierten der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 13. Juni 2017

Es wird ein starker sozialer Dialog in Europa und weltweit gebraucht, damit grüne Arbeitsplätze ein Schlüsselement für die Zukunft der Arbeit, wie wir sie wollen, werden können. So der Präsident des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen (EZA), **Bartho Pronk**, im Plenum der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die im Juni 2017 in Genf stattfand. Er nahm damit Stellung zum Bericht „Arbeit in Zeiten des Klimawandels: Die Grüne Initiative“ des ILO-Generaldirektors.

Bartho Pronk ist der erste EZA-Präsident, der vor der IAK, in der rund 4.000 Delegierte internationale Übereinkommen abstimmen, deren Umsetzung überwachen und internationale Fragen der Arbeitswelt diskutieren, gesprochen hat. Seit 2016 nimmt EZA in der IAK einen Beobachterstatus wahr und folgt den Debatten, tauscht sich mit den dort mitarbeitenden EZA-Partnern aus und führt Gespräche mit ILO-Verantwortlichen.

Der Umgang und die Steuerung von Arbeitsmigration war eines der wichtigsten Themen in diesem Jahr. Hierbei ging es darum, wie Arbeitsmigration in nationalen, nachbarschaftlichen, regionalen und überregionalen Zusammenhängen besser gelenkt und wie Anwerbung von Arbeitskräften fair gestaltet werden kann.

In den Diskussionen und auch in den von EZA geführten Gesprächen wurde vielfach deutlich, dass Flüchtlinge nicht nur Schutz vor bewaffneten Konflikten benötigen, sondern auch mittel- und langfristige Lebensperspektiven für sich und ihre

Familien brauchen. Hier ist Beschäftigung ein wichtiger Faktor. Positive Wirkungen können aber nur dann erzielt werden, wenn es entsprechende politische Rahmenbedingungen und Arbeitsmarktzugänge gibt. Neben den in den Medien stark beachteten Wanderungsbewegungen aus afrikanischen Ländern, wird nach Einschätzungen der ILO in Zukunft auch mit stärkerer Migration aus Zentralasien nach Europa gerechnet.

Unter dem Titel „Beschäftigung und würdige Arbeit für Frieden und Widerstandsfähigkeit“ nahm die IAK eine Empfehlung an, die ein Dokument aus dem Jahr 1944 aktualisiert und den heutigen und zukünftigen Gegebenheiten besser Rechnung trägt.

In einer weiteren Diskussion wurden die Fortschritte im Hinblick auf die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit einer kritischen Analyse unterzogen. Wiederkehrend überprüft die ILO dabei, wie sich die Einhaltung der Kernarbeitsnormen in den vier grundlegenden Bereichen Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit und Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf entwickelt.

Neben der Beobachtung der laufenden Debatten führten Bartho Pronk und Norbert Klein Gespräche mit Verantwortlichen in der ILO. Dazu zählten neben dem Vizepräsidenten des ILO-Verwaltungsrats Luc Cortebeek, der zwischenzeitlich zum Vorsitzenden gewählt wurde, auch der Regionaldirektor der ILO für Europa und Zentralasien, Heinz Koller, und die stellvertretende Direktorin

der Abteilung für die Arbeitnehmeraktivitäten (ACTRAV), Anna Biondi. Sie alle bereiten das Jubiläum der ILO im Jahr 2019 vor. Dann wird die Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen 100 Jahre alt. Mit einem Rückblick auf die Arbeit der ILO im vergangenen Jahrhundert soll eine Debatte um die „Zukunft der Arbeit“ verbunden werden, in die sich auch EZA einbringen möchte.

Erneut wurde auch ein Austausch der EZA-Mitgliedszentren, die als Delegierte in der IAK mitwirkten organisiert. Die 16 Teilnehmer/innen, die sich zu einem Mittagessen im ILO-Gebäude zusammengefunden hatten zeigten sich sehr erfreut über diese Möglichkeit des Gedanken- und Erfahrungsaustausches, an dem auch Anna Biondi und der sozio-religiöse Berater des Generaldirektors der ILO, Pierre Martinot-Lagarde teilgenommen haben.

Die Rede von Bartho Pronk findet sich auf der Website der ILO unter [http://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/106/plenary/live-broadcast/WCMS\\_555750/langen/index.htm](http://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/106/plenary/live-broadcast/WCMS_555750/langen/index.htm), „Height Meeting of the Plenary“, 13. Juni 2017, Zeitleiste 4:05:45 bis 4:11:03. *Norbert Klein* ■

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

EZA  
Europäisches Zentrum für  
Arbeitnehmerfragen  
Johannes-Albers-Allee 2  
53639 Königswinter  
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0  
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22  
E-Mail: [eza@eza.org](mailto:eza@eza.org)  
[www.eza.org](http://www.eza.org)

#### Redaktion

Sigrid Schraml (verantwortl.), Matthias  
Homey, Norbert Klein, Victoria  
Znined, Esmeralda Van den Bosch

#### Gestaltung und Satz

HellaDesign, Emmendingen  
E-Mail: [helladesign@web.de](mailto:helladesign@web.de)

#### Fotos

EZA, Europäische Kommission

#### Erscheinungsweise

Jährlich 4 Ausgaben



Diese Publikation wird von  
der Europäischen Union  
finanziell unterstützt.